

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Ersteinst

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließt. des „Illust. Unterhaltungsbl.“ u. der „Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 108.

Donnerstag, den 14. September

1905.

10. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

Freitag, den 15. September 1905, abends 8 Uhr

im Sitzungssaale des Rathauses.

Eibenstock, den 13. September 1905.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

G. Dierich.

Tagesordnung:

- 1) Bericht der Kommission in Rathausachen.
- 2) Schleusenache, die Schneebergerstraße betr.
- 3) Herstellung von Tagewässerschächten am Reuterwege.
- 4) Ergänzung der Einfriedigung am Bahnhofsvorplatz.
- 5) Mitteilung in Bahnsachen.

Hierauf geheime Sitzung.

Die Krisis in Ungarn.

Der Kaiser und König Franz Josef steht vor einer schweren Entscheidung. Im Königreich Ungarn hat nach dem sogenannten „Ausgleich“ von 1867, d. h. der Festsetzung der für beide Hälften des Donauraumes gemeinsamen Angelegenheiten (Auswärtiges, Kriegsmacht, Zölle) und des Anteils beider Hälften an den gemeinsamen Ausgaben, der Streit über das Maß der Selbständigkeit Ungarns niemals ganz geruht. Unter der Herrschaft der liberalen Partei aber kam es zu keinem ernstlichen Konflikt zwischen Krone und Parlament. Ungarn wird im Inneren parlamentarisch regiert, die Minister werden aus der Mehrheit des Abgeordnetenhauses vom König ernannt. Es besteht jedoch nur ein direktes Wahlrecht, nicht das allgemeine Wahlrecht, zur Wahlurne wird nur zugelassen, wer ein gewisses Vermögen oder Einkommen besitzt (Zensus).

Das letzte liberale Ministerium Tisza hatte den Widerstand der Minderheitsparteien, die mit Erfolg Obstruktion trieb, nicht zu brechen vermocht und schließlich zu Anfang dieses Jahres zu dem Ausstufsmittel von Neuwahlen gezwungen. Die Neuwahlen verfestigten aber die liberale Partei nach Jahrzehnte langer Herrschaft in die Minderheit, den größten Erfolg hatte die Unabhängigkeitspartei, die f. Z. gegen den Ausgleich gestimmt hatte und deren Ziel die vollständige Selbständigkeit Ungarns in reiner Personalunion mit Oesterreich ist. Zwischen ihr und anderen bisherigen Minderheitsparteien kam eine Koalition zu stande, die sich abgesehen von wirtschaftlichen Reformen auf die Forderung einigte, daß ungarische Fahnen und Embleme sowie die ungarische Kommandosprache für den ungarischen Teil des gemeinsamen Heeres eingeführt werden sollen. Diese „nationalen Konzeptionen“ bilden den Kernpunkt des Konflikts zwischen Krone und Parlament. Der König Franz Josef hält die inneren Einrichtungen des Heeres für ein vom Parlament unabhängiges Hoheitsrecht. Er konnte sich deshalb nicht entschließen, ein neues Ministerium aus der Koalition zu bilden, sondern setzte ein sog. Geschäftsministerium mit dem General Fejervary an der Spitze ein. Dieses Ministerium wird nun wieder von der Koalition nicht als gesetzmäßig erachtet, und man hat es sogar mit einer Agitation für Steuerverweigerung versucht, um die Krone zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Dieser für die innere Ordnung und den Staatskredit schädliche Zustand drängt zu einer baldigen Lösung. Der General und Ministerpräsident Fejervary hat dem König Neuwahlen unter der Parole der Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorgeschlagen. Gegenwärtig hat von den 20 Millionen Untertanen nur ungefähr eine Million das Wahlrecht. Mit dem Vorschlage soll ein Keil in die Koalition getrieben werden, und tatsächlich hat sich auch schon die Unabhängigkeitspartei im Vertrauen auf die Zugkraft ihrer nationalen Forderungen für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Die letzten Kronratsitzungen in Wien scheinen noch keine endgültige Entscheidung gebracht zu haben. Der Kaiser und König möchte wohl ein gewagtes Experiment vermeiden. Wir in Deutschland können im Interesse der uns verbündeten Gesamtmonarchie nur wünschen, daß die Schwierigkeiten bald und glücklich gelöst werden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser verlieh dem Reichszankler Fürsten von Bülow den Charakter als Generalmajor, unter der Belassung der Uniform des Husaren-Regiments König Wilhelm (1. Rheinisches) Nr. 7.

— Der Ausschuss des Reichs-Gesundheitsrats für Seuchenbekämpfung ist am Sonnabend, den 9. d. Mts., im Kaiserlichen Gesundheitsamte zu einer Beratung über den Stand und die Bekämpfung der Cholera im Deutschen Reiche zusammengetreten. Der Verhandlung, die von dem Präsidenten des Gesundheitsamts Dr. Köhler geleitet wurde, wohnten Kommissare der nächstbeteiligten Reichs- und preussischen Zentralbehörden bei. Das Referat erstattete der königlich preussische Geh. Medizinalrat, Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten in Berlin Professor Dr. Gaffky, der gemeinschaftlich mit dem Geheimen Ober-Medizinalrat Professor Dr. Kirchner im Auftrage der preussischen Medizinalverwaltung alsbald nach dem Bekanntwerden des ersten Cholerafalles das zunächst bedrohte Gebiet bereist hatte. Nach seinen Darlegungen kann es als zweifellos gelten, daß die Seuche Mitte des vorigen Monats durch russische Flößer in das preussische Weichselgebiet eingeschleppt worden ist,

wenn es auch bei dem Mangel weiterer Nachrichten dahingestellt bleiben muß, wo der eigentliche Herd der Seuche zu suchen ist. In Deutschland ist die Krankheit seitdem längs der Weichsel und der von ihr nach Westen abweigenden, aus Brahe, Bromberger Kanal, Nege und Warthe gebildeten Wasserstraßen ausgetreten. Einschließlich der auf Infektion in diesen Stromgebieten zurückzuführenden Erkrankungen in Posen, Gnesen und zwei weiteren Fällen im ostpreussischen Kreise Rastenburg sind bis zum Tage der Verhandlung in Preußen 146 Krankheitsfälle bekannt geworden, von denen 39 tödlich verlaufen sind. Alle diese Fälle, die sich auf mehr als 60 Orte verteilen, lassen sich auf den Stromverkehr zurückführen; sie sind als vereinzelte Infektionen zu betrachten, die dank dem raschen und tatkräftigen Vorgehen der Behörden überall sofort isoliert wurden und bisher nirgend zur Bildung eines örtlichen Seuchenherdes geführt haben. In gleicher Weise sind die im Verlaufe der letzten zwei Wochen vorgekommenen drei Cholerafälle in Hamburg aufzufassen, wozu die Seuche durch einen aus dem Gouvernement Lomha zugereisten Auswanderer gebracht worden ist. Die zur Absonderung und Pflege der Erkrankten sowie die sonst getroffenen hygienischen Maßregeln, besonders die sorgfältig durchgeführte Ueberwachung der ebengenannten Wasserstraßen, bei welcher jedes Fahrzeug mindestens einmal täglich ärztlich kontrolliert wird, lassen annehmen, daß es gelungen ist, die Seuche im Entstehen vollständig zu umfassen. Man darf daher zuversichtlich hoffen, daß es zu einer Epidemie nicht kommen wird.

— Von Generalleutnant v. Trothas Kesselreiden gegen Hendrik Witbooi wird amtlich weiter gemeldet: Teilen der Abteilung Meister gelang es, südlich Gorab und westlich Jaris Hottentottenbanden zu schlagen. Der Feind wich in die Gebirgsschluchten westlich Jaris zurück und vereinigte sich dort mit den übrigen vor unseren Truppen zurückgegangenen Hottentotten- und Hererobanden. Ihre Stärke wird auf etwa 300 Gewehre geschätzt. Da die Gegend sehr wasserarm ist, müssen zunächst größere Wasserfontänen herangezogen werden. Sobald dies geschehen ist, wird Major Meister aus der Linie Jaris-Nam zum Angriff vorgehen. Die Wasserstellen am Westrande des nördlichen Jaris-Gebirges in der Linie Seffrim-Jaris und die Eingänge Nau-luft sind von unseren Truppen besetzt. Die bisherige Abteilung Estorf unter Hauptmann Morabt (zwei Kompanien, zwei Geschütze) bleibt in der Linie Grootfontein—Kleinfontein—Chamhawib—Kevier, unter Befehl sämtlicher Wasserstellen in der Linie Jaris—Heitamas—Wutpuets durch vorgeschobene Postierungen, um etwa nach Osten zurückströmende Banden abzufangen. Die Abteilung Koppo hat das Tiras-Gebirge und die Arnab-Berge vom Feinde gesäubert und bleibt vorläufig in der Gegend der Sinclair-Mine. Major v. Estorf ist mit Säuberung des östlichen Namalandes, in dem sich mehrfach kleinere Banden der Witbooi gezeigt haben, beauftragt worden.

— Berlin, 11. September. Ein Telegramm des Kommandanten E. M. S. Bussard vom 9. September aus Dar-es-Salaam meldet: Leutnant zur See Schröder von Kilwa—Kiwinda zurückgezogen. Lindi-Fluß 8. 9. abgefahren, habe dort Schröder mit 16 Mann zurückgelassen, in Mikindani 1 Detachement, 10 Mann. Am 9. 9. in Dar-es-Salaam eingetroffen. Paasche ist abgegangen am 30. 8. v. Mochoro mit Teil Marinebataillon und schwarzen Soldaten zusammen mit Abteilung Schutztruppen nach Ritschi. Am 4. September ist Paasche in Manenge zurückgeblieben, um diesen Platz zu sichern, während die Schutztruppe nach Ribatta weiter marschiert ist.

— Berlin, 12. Sept. Nach einem Telegramm des Gouverneurs Grafen Göben von heute sind in den Südbzirken verschiedene Trupps Aufständischer ohne Verluste auf unserer Seite geschlagen worden. Die Nordbzirke sind ruhig. Wapaya hat den Ausbruch von Unruhen im südlichen Teile des Stationsbezirkes gemeldet. Von Tringa und Mahenge liegen keine Nachrichten vor. Gerüchtweise verlautet, daß Teile der Besatzung von Mahenge die Aufständischen geschlagen haben. Hauptmann Richter hat über Kapstadt ein am 3. September stattgehabtes siegreiches Gefecht bei Schabruna gemeldet, in welchem auf unserer Seite ein Askari gefallen ist. Die Arbeiten an der Eisenbahnlinie von Dar-es-Salaam nach Morogoro nehmen ihren ruhigen Fortgang.

— Oesterreich-Ungarn. Zur Krisis in Ungarn wird aus Wien geschrieben: Nach Erklärungen österreichischer Postreise ist es vollständig ausgeschlossen, daß Kaiser Franz Josef irgend ein weiteres Zugeständnis in der ungarischen Deeresprache machen wird. Andererseits haben

bisher sämtliche Führer der vereinigten ungarischen Opposition in der bestimmtesten Weise erklärt, daß sie sich durch keinerlei, andersgeartete Zugeständnisse von der Forderung der ungarischen Deeresprache abbringen lassen würden. Der bisherige Gegenstand besteht demnach in schroffer Form fort und alle Gerüchte über schwebende Vermittelungen oder „Entwürfungen“ entbehren jeder Grundlage, da ihnen alle sachlichen Voraussetzungen fehlen. Man richtet sich daher an den leitenden Wiener Stellen auf einen Kampf der schärfsten Art seitens der Magyaren ein, und es sind auch bereits Vorbereitungen getroffen, um in Ungarn selbst die Nichtmagyaren zur Unterstützung der Reichseinheit aufzurufen. Tatsächlich giebt es am Wiener Hofe bereits eine einflussreiche Partei, für welche der Begriff „Staatsstreik“ nichts erschreckendes mehr hat. Man wird deshalb im Deutschen Reiche sehr bald die Gewißheit dafür erlangen, daß Kaiser Franz Josef unter keiner Bedingung zulassen wird, daß in der augenblicklichen kritischen Weltlage Oesterreich durch die ungarischen Pläne der Reichszerreißung aus seiner Stellung als Großmacht und Bundesgenosse des Deutschen Reiches herausgedrängt würde.

— Italien. Aus Rom, 11. September, wird telegraphisch gemeldet: Die Bevölkerung in den vom Erdbeben betroffenen Gegenden beginnt sich zu beruhigen und in die Häuser zurückzukehren. Die Anwesenheit des Königs sowie die von den Behörden und Truppen mit äußerster Hingabe und Selbstverleugung ausgeführten Hilfeleistungen beginnen eine wohltätige Wirkung auszuüben, und ein Gefühl der Erleichterung und Ermutigung greift Platz. Fast alle Leichname sind beerdigt, und man beginnt Unterkunftsräume zu bauen. Die Flüsse und Bäche in den am meisten verwüsteten Gegenden sind trotz der Trockenheit angeschwollen, was eine seltsame Naturerscheinung ist; einige traten sogar über die Ufer. Im Kreise Monteleone beträgt die Zahl der Toten über 600. Nach einer weiteren Drahtmeldung aus Monteleone hat der König gefehrt die vom Erdbeben betroffenen Landesteile Zannorco und Piscopio besucht. Ueberall richtete er herzliche Trost- worte an die Bevölkerung. Nachmittags besuchte er die Orte Briatico, San Leo, San Costantino und Jungri. Wegen der schlechten Beschaffenheit der Wege ging der König mit dem Minister Ferraris und dem General Rufati zu Fuß; zahlreiche Bauern folgten ihm.

— Vom Balkan. An der türkisch-serbischen Grenze kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einer serbischen Grenztruppe und albanischen Nizams, wobei auf serbischer Seite ein Hauptmann und mehrere Soldaten getötet, viele andere verwundet wurden. Die Albanesen hatten ein Blockhaus besetzt, wurden jedoch aus demselben hinausgedrängt.

— Japan. Zur Lage wird gemeldet, daß in Tokio die Ruhe jetzt wieder vollkommen hergestellt ist. Viele tausend Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten sind über die ganze Stadt verteilt. Vor der Wohnung der Minister stehen Schildwachen, vor den staatlichen und Regierungsgebäuden, auf den öffentlichen Plätzen und vor allen Gesandtschaften sind Polizeiposten aufgestellt. Die Vorübergehenden werden scharf beobachtet. Infanterie- und Kavalleriepatrouillen durchziehen die Straßen. Aus den Provinzen dagegen laufen Nachrichten von zahlreichen gegen die Polizei verübten Ausschreitungen ein. In dem ganzen Lande werden Versammlungen abgehalten, in denen scharfe Reden gehalten und die Unzufriedenheit ausdrückende Beschlüsse gefaßt werden. Die Zensur wird noch immer an allen nach dem Auslande gehenden Telegrammen ausgeübt.

— Feldmarschall Jamagata veröffentlicht in der Zeitung „Nitschi Nitschi Schimbun“ die keineswegs mit den Friedensbedingungen einverstanden ist, einen beruhigenden Artikel über den Krieg, seine Entstehung und seinen Abschluß. Der Artikel schildert zunächst das Vordringen der Russen in der Mandchurie und in Korea. Die vergeblichen Verhandlungen mit Rußland, die lediglich dazu führten, daß dieses Land seine Flotte und seine Armee verstärkte, werden detailliert wiedergegeben. Jamagata sucht zu beweisen, daß Japan gezwungen war, zu seinem Selbstschutz das Schwert zu ziehen. Nach dem Siege von Mukden, so sagt der Feldmarschall, sei in Europa und in America das Verlangen entstanden, den Krieg beendigt zu sehen, und nach dem großen Seesiege Logos habe Präsident Roosevelt diesem Verlangen Ausdruck gegeben. Der Feldmarschall gibt zu, daß man über den Wert der Friedensbedingungen verschiedener Ansicht sein könne, glaubt jedoch, daß die Regierung recht daran tat, die Friedensbedingungen anzunehmen, da Rußlands Verlangen, den Krieg fortzusetzen, keinen Zweifel daran gelassen habe, daß es Japan unmöglich sein werde, für neue Opfer und Ausgaben eine ge-